

Nushası 5 Krusur
 A B O N E
 (Posta ücreti dahil olmak üzere)
 DAHİL İÇİN HARIÇ İÇİN
 Aylık Türk lirası 1.50 R. M. 5.—
 Üç aylık " " 4.25 " 13.—
 Altı aylık " " 8.— " 25.—
 Bir senelik " " 15.— " 50.—
 yahut mukabil.
 İdarehane
 Tekke Cadesi No. 585 ve 587.
 Telgraf adresi: Türkpost.
 Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
 Posta Kutusu: Galata 269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krus
 BEZUGSPREISE:
 Inland Ausland
 für 1 Monat T. Pfd. 1.50 R.M. 5.—
 " 3 Monate " 4.25 " 13.—
 " 6 Monate " 8.— " 25.—
 " 12 Monate " 15.— " 50.—
 oder Gegenwert
 Geschäftsleitung:
 Tekke - Strasse Nr. 585-587.
 Drahtanschr.: Türkpost.
 Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.
 Postfach: Galata 269.

5. Jahrgang Nr. 352 **Tageszeitung für den Nahen Osten** **Stambul, Dienstag, 23. Dez. 1930**

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptstadt Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Schwierige Arbeit der Indien-Konferenz.

London, 22. Dez. Die Indien-Konferenz, die bisher in drei Unterausschüssen gearbeitet hat, ist wie erwartet, in gewisse nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten geraten. Die aufsehenerregende Rede Churchills, in der er für die Politik der starken Hand eintrat, ist keineswegs der alleinige Grund dafür.

Wenn die allerseits kritische Stimmung auch zweifellos dadurch verschärft wurde, so hat doch der weitaus größte Teil der Presse diese Rede abgelehnt, und Macdonald hat sich sofort nicht ohne Erfolg bemüht, die Wogen der Erregung zu glätten. Damit dürfte dieser Zwischenfall im wesentlichen abgeklungen sein. Wenn man trotzdem von einem kritischen Stadium sprechen muß, an dem die Indien-Konferenz angelangt ist, so vor allem deshalb, weil alle bisherigen Versuche, Hindus und Mohammedaner zusammenzuführen, fehlgeschlagen sind.

Bisher hat sich die Arbeit der Konferenz im wesentlichen in den drei Unterausschüssen abgespielt, von denen der erste den bundesstaatlichen Aufbau, der zweite die Verelbständigung der Provinzen, der dritte die Lostrennung Burmas von Indien behandelt. Nur in dieser letzten Frage hat man bisher so etwas wie einen greifbaren Erfolg erzielen können. Die ganze übrige Arbeit wird, was ihre Erfolgsaussichten anbetrifft, allzu sehr durch den Streit um die Aufteilung der politischen Macht zwischen Hindus und Mohammedanern gehemmt. Bisher hat man immer wieder versucht, die Frage des mohammedanischen Minderheitenschutzes offiziell von der Konferenz fernzuhalten und sie vielmehr hinter den Kulissen zu lösen. Das war vergeblich. Man hat deshalb jetzt einen eigenen Ausschuss für die Behandlung dieser Frage eingesetzt und damit die Verhandlungen zwischen Hindus und Mohammedanern, die bis jetzt mehr oder weniger außerhalb des eigentlichen Konferenzrahmens geführt wurden, in die Konferenz selbst verlegt, in der Hoffnung, auf diese Weise eher zum Ziele zu kommen. Der Gedanke, diesen Ausschuss einzusetzen, war schon seit Beginn der Konferenz in Aussicht genommen, bisher hatte man es jedoch nicht gewagt, die Gegensätze in dieser offiziellen Form ans Licht zu ziehen und dabei die ganze Konferenz-Arbeit aufs Spiel zu setzen. Ob man indessen mit dem Ausschuss, der jetzt eingesetzt ist, weiterkommen wird, ist eine andere Frage. Große Hoffnungen werden von keiner Seite auf ihn gesetzt. Voraussichtlich wird er nur in aller Öffentlichkeit dasselbe Schauspiel der Gegensätzlichkeit der beiden Standpunkte bieten, wie sich das bei den bisherigen vertraulichen Vermittlungsversuchen gezeigt hat.

Sturmszenen im bulgarischen Kommunistenprozeß.

Sofia, 22. Dez. Der dritte Tag der Verhandlung gegen die siebzehn Komsomolzi, die der Umsturzvorbereitung angeklagt sind, endete mit einer wüsten Schlägerei im Gerichtssaal. Als unter den Belastungszeugen mehrere Polizeibeamtete erschienen, brachen die Angeklagten in Schmährufe gegen die Polizei aus. Rufe wie: „Henker“, „Mörder“ usw. wurden laut. Der Präsident versuchte vergeblich, die Ruhe wiederherzustellen. Er befahl, die Angeklagten abzuführen. Diese lehnten sich gegen diesen Befehl auf und stimmten die Internationale an. Daraufhin versuchte die Polizeimannschaft, die Angeklagten mit gefälltem Bajonett wegzutreiben. Dieses Vorgehen löste im Publikum Widerstand aus. Das Publikum verließ dann schließlich panikartig den Saal. In einer Prügelei zwischen den Komsomolzi und Polizisten wurden schließlich mehrere Angeklagte durch Bajonettstiche und Kolbenhiebe verletzt. Die anwesenden kommunistischen Zeugen verweigerten zum Prozeß gegen den Vorfal das Zeugnis und wurden sofort zu zwanzig Tagen strenger Haft verurteilt und abgeführt.

Gestriger Schluss-Kurs: 1 Reichsmark = 50.75 Piaster.

Der Staatspräsident in Edirne.

Edirne, 22. Dez. (A.A.) Um 15 Uhr besuchte der Staatspräsident die Zentrale der Volkspartei und unterhielt sich dort längere Zeit mit den Mitgliedern der Partei sowie mit den aus der Umgebung Edirnes gekommenen Abordnungen der Kasas und Dürfer über die örtlichen Bedürfnisse. Nach einem Aufenthalt von mehr als 4 Stunden verließ der Staatspräsident das Gebäude der Volkspartei und begab sich in die Stadtverwaltung, wo der Staatspräsident als Gast der Stadt Wohnung nimmt.

Bei Ismet Pascha.

Der Generalinspektor für die Ostwilajets, Ibrahim Tali Bej, wurde gestern vom Ministerpräsidenten Ismet Pascha empfangen. Der Generalinspektor berichtete dem Ministerpräsidenten über die Lage in den Ostwilajets. Ibrahim Tali Bej wird in Kürze auf seinen Posten nach Diarbekir zurückkehren.

Zum Prozess Selaheddin.

Im Prozess gegen den Sohn des Scheich Said, Selaheddin, hat das ordentliche Gericht von Ankara über das Alter Selaheddins nunmehr sein endgültiges Urteil gefällt. Danach ist Selaheddin im Jahre 1908 geboren und war zur Zeit der Tat noch nicht volljährig. Die Todesstrafe kann demnach für den Angeklagten nicht in Frage kommen.

Die Partei „Ahali“ aufgelöst.

Auf Anordnung der Regierung wurde die in Adana von einiger Zeit gegründete Partei Ahali, deren Generalsekretär sowie deren Vorstand seit einigen Tagen spurlos verschwunden sind, aufgelöst.

Aus der türkischen Presse.

In der „Milliyet“ schreibt **Fatih Rifkat Bej** in einem Artikel über die Anatolischen Wälder, dass durch den grossen Verbrauch des Holzes als hauptsächlich Brennstoff durch die Verschwendungen in den Waldgebieten, sowie durch die mangelhafte Pflege und Unerfahrenheit in forstwirtschaftlichen Dingen und in der Baumzucht die ganze Anatolische Hochebene ganz öde und kahl geworden sei, und unterbreitet einige Vorschläge darüber, wie man diesem Zustand ein Ende setzen könne.

In einem zweiten Artikel über die gegen die türkischen Tabake im Ausland gemachte Konkurrenz schreibt **Assim Bej** in „Vakit“, dass sämtliche für die Steigerung des Verbrauchs von türkischen Tabaken im Ausland geleisteten Arbeiten nicht umsonst seien würden, und sagt, dass die heutigen Einnahmen von 20 Millionen sich sogar verdreifachen könnten, wenn man sich dabei von wissenschaftlichen Motiven leiten lassen würde.

In der „Son Posta“ schreibt **M. Zekeriya Bej**, dass nach den amtlichen Untersuchungen des Wirtschaftsministeriums die Zahl der in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen stehenden Aktiengesellschaften gerade das Doppelte der in günstiger Lage befindlichen Unternehmungen betrage, was auf die bestehende grosse Wirtschaftskrise hindeute. Währenddessen hätten die Hafenmonopole von Smyrna und Stambul in derselben Zeit 20 Prozent Gewinn erzielen können, trotzdem sie staatlich unterstützte Unternehmungen seien, und bei ihren Geschäften auf keinen Gewinn sondern eher auf eine Verbilligung hinarbeiten müssten. Diese wenigen Beispiele zeigten deutlich das Vorhandensein einer grossen Krise und zugleich ihre Ursachen in klarer Weise. Die Sprache der Zahlen sei überzeugender als langwierige Redensarten. Deshalb würden auch die Redakteure der Regierungszeitungen nicht so ohne weiteres und so mutig in den Lobgesang der Regierung einstimmen, wenn sie sich vorher diese Zahlen vergegenwärtigt hätten.

Gesamtdemission des griechischen Kabinetts.

Athen, 22. Dezember (A.A.) Die Minister haben heute ihre Demission gegeben. Wenselos wird ein neues Kabinet bilden.

Rücktritt des Finanzministers.

Ankara, 22. Dez. (A.A.) Finanzminister Saradschoglu Schükri Bej ist aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurückgetreten.

Wie wir hören wird das Finanzministerium vorläufig interimistisch durch den Kriegsminister Abdul Halik Bej verwaltet werden, der voraussichtlich zum Finanzminister ernannt werden wird.

Wenselos zum türkisch-griechischen Abkommen.

Athen, 22. Dezember (A.A.) Im Verlaufe der Diskussion in der Kammer über das türkisch-griechische Abkommen, wobei besonders das Flottenabkommen von der Opposition heftig kritisiert wurde, erklärte Wenselos auf die Angriffe, dass das Flottenabkommen zwischen den beiden Staaten eine Parität vorsehe. Bezüglich der Unerwünschten, die sich in Griechenland aufhielten, dementierte Wenselos die Gerüchte, wonach Griechenland die Absicht habe, diese an die Türkei auszuliefern. Er fügte hinzu, dass es diesen freistünde ins Ausland auszuwandern.

Ismet Paschas Besuch in Athen.

Athen, 22. Dezember. Wie von eingeweihten Kreisen berichtet wird, erwartet man hier den Besuch des türkischen Ministerpräsidenten in den Osterfeiertagen.

Der Athener Kongress der lateinischen Presse.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post“) Athen, 21. Dezember. Der Kongress der lateinischen Presse befasste sich mit der Frage der Einrichtung international gültiger Journalistenpässe, zum mindesten für die lateinischen Nationen. Sodann be sprach man einen Aufruf zur Rückgabe aller im Ausland befindlichen, dem Parthenon gehörenden Originalskulpturen und ihre Zurückstellung an die einst von ihnen eingenommenen Plätze auf der Akropolis.

Neues vom griechischen Chininskandal.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post“) Athen, 21. Dezember. Der immer grössere Kreise um sich ziehende Chininskandal brachte eine neue Sensation: Die Untersuchung verlangt vom griechischen Senat die Aufhebung des Asylrechtes über den Grossindustriellen und Senator Stringos, einer in Athen und Piräus bekannten Persönlichkeit, der als Mitglied des Verwaltungsrates der Pharmazeutischen Gesellschaft Sanitas von den Chininfälschungen gewusst haben soll.

Der Streit um die chinesische Ostbahn.

Peking, 21. Dezember. Der Abbruch der russisch-chinesischen Verhandlungen ist in Peking und Mukden mit grossem Interesse aufgenommen worden. Wie in Peking verlautet, ist der Zusammenbruch der Verhandlungen in Moskau darauf zurückzuführen, dass die chinesischen Regierungskreise das Charbarowsk-Abkommen, das den Russen gewisse Verwaltungsrechte bei der chinesischen Ostbahn zusichert, als für China ungünstig bezeichnet und deshalb die Revision des Abkommens vorgeschlagen haben. Die russische Regierung soll sich dieser Revision gegenüber ablehnend verhalten und erklärt haben, dass irgendwelche Verhandlungen in dieser Frage von russischer Seite nicht gebilligt würden. Erst nach dem Eintreffen des Führers der chinesischen Abordnung in Mukden, Mode gui, wird es sich entscheiden, welche Schritte die chinesische Regierung zum Schutze ihrer Rechte an der chinesischen Ostbahn unternehmen wird.

Italienisches Flugzeuggeschwader fliegt nach Südamerika.

Rom, 22. Dezember (A.A.) 14 italienische Wasserflugzeuge sind zu einem Fluge nach Südamerika aufgestiegen und in Karthago angekommen. Kenitra, 22. Dezember (A.A.) Die italienischen Flugzeuge sind hier um 13.50 Uhr in Marokko eingetroffen.

Aus Deutschland.

Rede des Reichsernährungsministers.

Berlin, 22. Dezember. Der Reichsernährungsminister Schiele hielt heute einen Rundfunkvortrag über die Krise in der Landwirtschaft.

Der Jahreswert der deutschen literarischen Produktion.

Frankfurt/Main, 20. Dez. Die Deutsche Bücherei hat es unternommen, auf Grund ihrer Bestände den äussersten Wert der deutschen literarischen Jahresproduktion festzustellen. Für Bücher ist sie dabei, indem sie von jedem Buch ein Exemplar rechnet, auf einen Jahreswert von 200 000 RM. gekommen. Für Zeitschriften kann man bei vorsichtiger Schätzung auf 150 000 RM. kommen. Die Gesamtproduktion beläuft sich somit auf rund 350 000 RM. Nimmt man eine durchschnittliche Auflagenhöhe von 3000 bei den Büchern von 6000 bei den Zeitschriften, so ergibt sich also, dass die deutsche Geistesarbeit, soweit sie in Büchern und Zeitschriften ihren Niederschlag findet, einen jährlichen äusseren Wert von 1 1/2 Milliarden Mark darstellt.

Der deutsche Tonfilm erobert Paris.

Paris, 21. Dezember. Während in den grossen französischen Lichtspieltheatern amerikanische und englische Ton- und Sprechfilme mit französischen Untertiteln von jeher gezeigt wurden, wurden bisher deutsche Ton- und Sprechfilme lediglich in der stummen Fassung vorgeführt, wodurch sie naturgemäss an Wert verloren. Umso begrüssenswerter ist es, wenn nun zwei Pariser Lichtspieltheater sich die Aufgabe gestellt haben, deutsche Ton- und Sprechfilme in deutscher Fassung dem Publikum vorzuführen. Ende dieser Woche werden zunächst die beiden Ufa-Tonfilme „Liebeswalzer“ und „Der blaue Engel“ gezeigt. Von dem Erfolg wird es abhängen, ob diese Neuerung eingeführt fortgesetzt wird. Vom technischen Standpunkt aus darf man ohne Ueberhebung betonen, dass die deutschen Tonfilme mit jedem anderen Lande konkurrieren können. Einer der letzten Ufa-Filme „Die drei von der Tankstelle“, der in Paris in französischer Fassung unter dem Titel „Der Weg zum Paradies“ läuft, findet bereits seit sechs Wochen allabendlich gefüllte Häuser. Der deutsche Tonfilm „Scapa Flow“, der den heldenmütigen Untergang der deutschen Kriegsflootte gewidmet ist, findet ebenfalls seit einigen Tagen ein volles Haus.

Zur Vulkankatastrophe auf Java.

Amsterdam, 22. Dez. (A.A.) Nach den Meldungen der Agence Telegraphique beträgt die Zahl der Opfer beim Ausbruch des Vulkans Merapi 700. Tausende von Flüchtlingen strömen in die Städte im Innern Javas. 8 Dörfer wurden vollständig zerstört.

Der Vulkan setzt seine Ausbrüche fort. 1000 Hektar Kulturen wurden zerstört. Die Lawaströme haben Tausende von Tieren getötet und das Tal Kali Blongkeng völlig isoliert. Im Distrikt von Stroumgoung steht der Wald in Flammen. Zahlreiche Bewohner verübten aus Angst Selbstmord. In Manglang fand man in einem Hause 7 Kinder an der Seite ihrer Mutter, die Selbstmord begangen hatte. Die Tätigkeit des Vulkans dauert an.

Aus Spanien.

Madrid, 22. Dez. (A.A.) Aus allen Provinzen wird gemeldet, dass Ruhe herrsche. Sevilla, 22. Dezember (A.A.) Der Generalgouverneur der Provinz Andalusien erklärte, dass die Metallarbeiter von Granada wieder ihre Arbeit aufnehmen. Man hoffe gleichzeitig, dass der Streik der Bergarbeiter von Penaro heute beendet würde.

Vor der Entscheidung über Deutsch-Ostafrika.

Die Gefahr hat den Gipfelpunkt erreicht. -- Es ist die höchste Zeit zur Abwehr.

Von Dr. F. K. Praetorius-Hamburg. Kein Zweifel, im englischen Kolonialreich vollziehen sich gegenwärtig Wandlungen von eintausend nicht abzusehender Tragweite. In Indien gärt es wie nie zuvor. Die Dominien haben staatsrechtlich schon jetzt fast unbeschränkte Selbständigkeit erlangt. In den Protektoraten Kleinasiens, der außerordentlich wichtigen Brücke zwischen den britischen Ländern Asiens und Afrikas, herrscht ewige Unruhe; und Ägypten, im Norden mit dem Einfallstor zum grossen afrikanischen Reich Englands und im Süden mit dem viel umstrittenen Sudan, macht Großbritannien kaum weniger Sorgen als Indien selbst.

Man sollte meinen, England habe genug zu tun, um seine Herrschaft über dieses gewaltige, einst fest in sich gefügte Kolonialreich zu behaupten. Aber trotz alledem sucht es sich auch gegenwärtig noch immer weiter auszudehnen und den alten Plan der unumschränkten Herrschaft über den gesamten „schwarzen Erdteil“ in die Tat umzusetzen.

England hat in Versailles sein grosses koloniales Ziel nicht erreicht. Zwar nahm es sich den grössten Teil der deutschen Kolonien, diese aber wurden nicht sein Eigentum, sondern ihm nur zur Verwaltung übergeben. Die Rechtslage ist vollkommen klar und ergibt sich einwandfrei aus dem Versailler Diktat wie aus der Völkerbundakte. Aber trotzdem glaubt Großbritannien sich jetzt über alle rechtlichen Bedenken hinwegsetzen, Deutsch-Ostafrika annektieren und dieses mit den Protektoraten Kenya und Uganda zu einem britischen Dominium vereinigen zu können.

Was man seit Jahren befürchten mußte, droht zur Wirklichkeit zu werden, wenn nicht der einmütige und entschlossene Wille des deutschen Volkes die Regierung veranlasst, endlich den Rechtsanspruch des Deutschen Reiches mit allen Mitteln vor dem Völkerbund durchzusetzen. Während die deutsche Regierung nun schon seit Monaten auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht worden ist, hat die britische gehandelt. Soeben wurde den beiden Häusern des englischen Parlaments von der Regierung ein entsprechender Vorschlag zur Beratung unterbreitet. Für Landraub und Annexionen findet man immer wieder neue Namen und Umschreibungen; diesmal nennt man es ganz harmlos „closer Union“, so als ginge es um nichts weiter als um irgend welche verwaltungstechnischen Massnahmen. Auch der Permanente Mandatskommission des Völkerbundes wurde ein entsprechender Antrag eingereicht, von ihm jedoch einstweilen zurückgestellt, bis die entgültige Entscheidung in London gefallen ist.

Unter keinen Umständen dürfen wir freiwillig auf unsere kolonialen Ansprüche verzichten. Die letzten zehn Jahre haben bewiesen, daß wir ohne Kolonien nicht leben können. Wir sind sowohl hinsichtlich der Beschaffung der Rohstoffe als auch der Ausfuhr unserer Erzeugnisse auf eigene Wirtschaftsgebiete in Uebersee angewiesen. Solange die Arbeitslosigkeit, diese schlimmste und alles zersetzende Krankheit moderner Wirtschaft in jeder erdenklichen Weise auszunutzen sucht, steht Deutschland schon wieder an zweiter Stelle in der Reihe der Einfuhrländer von Deutsch-Ostafrika. Aber dem deutschen Ostafrika von 12,2 Prozent an der Gesamteinfuhr